

Buen Vivir als Grundlage antikapitalistischen Widerstands

Seminararbeit

Remo Leuenberger

Postfach 8, 3625 Heiligenschwendi

re.leuenberger@hotmail.com

Matrikelnr. 10-119-063

*Seminar: Anders Wirtschaften- Anthropologie des antikapitalistischen
Widerstands*

FS 2016

Buen Vivir als Grundlage antikapitalistischen Widerstands

Einleitung

« *Dieser demokratische Sieg des bolivianischen Volkes wird allen Völkern in Lateinamerika und in aller Welt gewidmet, die gegen den Kapitalismus und den Imperialismus kämpfen. Dieser Sieg, Brüder und Schwester, wird Fidel Castro gewidmet, und Hugo Chavez, der in Frieden ruhen möge, und allen Präsidenten und Regierungen, die antikapitalistisch und antiimperialistisch sind.* » (Stein, Gottfried 2014:1). Mit diesen Worten feierte Evo Morales im Frühling 2014 auf dem Balkon des Präsidentenpalastes in La Paz seinen Wahlerfolg. Mehr als 60 Prozent der Stimmen konnte der bolivianische Staatspräsident auf sich vereinen und sicherte sich dadurch eine dritte Amtsperiode (2014:1). Seinen persönlichen Erfolg rückte er zu Gunsten eines ideologischen in den Hintergrund; das Resultat ist aus seiner Betrachtungsweise in erster Linie ein starkes Zeichen gegen den Imperialismus und den global prädominanten Kapitalismus. Im Gegensatz zu benachbarten Staaten wie Venezuela scheint nicht der Sieg des Sozialismus, sondern ein Kampf gegen den Kapitalismus, der antikapitalistische Widerstand, im Zentrum dieser Ideologie zu stehen. Verschiedene solcher Widerstandsformen waren während eines Semesters das Thema des Seminars „*Anders Wirtschaften- Anthropologie des antikapitalistischen Widerstands*“. Konzepte wie Lokalwährungen, Zeitbanken, Kommunen oder das bedingungslose Grundeinkommen wurden auf ihren antikapitalistischen Charakter hin untersucht und ihr Einflusspotenzial auf das globale Wirtschaftssystem diskutiert. Diese Ansätze haben gemein, dass es Bottom-up Prozesse sind, die Wirkrichtung also von unten nach oben erfolgt. Oftmals beruhen sie zu Beginn auf den Ideen Einzelner und die anfängliche Umsetzung erfolgt durch eine beschränkte Anzahl von Personen auf einem kleinen Gebiet. Ist das Experiment in dieser Art „Laborzustand“ erfolgreich, kann eine verbreitete Umsetzung der alternativen Lebensweise angestrebt werden. Gänzlich anders verhält es sich beim Beispiel Bolivien. Der Kampf gegen den westlichen Kapitalismus verkommt zu einem Staatsprojekt und wird landesweit ausgetragen. Wie kann ein derartiger Widerstand national umgesetzt werden und mit welchen Mitteln und Strategien kann die bolivianische Regierung ihre Ziele erreichen? Ist es überhaupt möglich, innerhalb von Landesgrenzen einen Kampf gegen einen Feind zu führen, welcher global vernetzt ist und für dessen Kapitalflüsse territoriale Grenzen inexistent scheinen? Um die antikapitalistische Bewegung in Bolivien zu verstehen ist die Betrachtung des Buen Vivir-Konzeptes von essentieller Bedeutung. Dessen zentrale Idee eines gemeinschaftlichen Lebens in Einklang mit anderen Menschen und der Natur sowie deren Schutz vor Ausbeutung ist unvereinbar mit den westlichen Konzepten der „*Entwicklung*“ oder der Industrialisierung (Soto, Gustavo und Helfrich, Silke 2014: 335). Der erste Teil dieser Seminararbeit betrachtet den Buen Vivir-Diskurs genauer und verdeutlicht im weiteren Verlauf, wie dessen Ansätze Berücksichtigung in der bolivianischen Verfassung fanden. Sie hinterfragt kritisch, inwiefern die Ideen in den realen politischen Wirtschaftsentscheidungen berücksichtigt und umgesetzt wurden und ob eine individuelle, «*radikal-ökologische Perspektive*» (Soto, Gustavo 2014: 335) wie das Buen Vivir überhaupt mit einer nationalen Sichtweise vereinbar gemacht werden kann. Der zweite Teil der vorliegenden Arbeit konzentriert sich auf das Potenzial des Buen Vivir als Grundlage antikapitalistischer, sozialer Bewegungen. Die kanadische Journalistin und Globalisierungskritikerin Naomi Klein beispielsweise sieht in einer

globalen Klimabewegung die Zukunft des Antikapitalismus (Naomi Klein 2016). Wichtigste Voraussetzung dafür sei aber eine neue Weltanschauung (Klein, Naomi 2015: 553). Sie sieht das Individuum als ideologisches Produkt des Kapitalismus, dem eingetrichtert wurde, seinen eigenen Vorteil auf Kosten der Gemeinschaft zu maximieren; einen homo oeconomicus (2015: 552). Nur eine Auseinandersetzung mit dieser etablierten Weltanschauung und eine «*Neuformulierung und Neuerfindung des Kollektiven, Kommunalen*» (2015:553) und der Beziehung zur Natur können einen solchen Wandel möglich machen. Ein Weltbild also, wie es das Buen Vivir proklamiert.

Das übergreifende Ziel dieser Seminararbeit ist die Beobachtung der Anwendbarkeit des Buen Vivir Konzeptes auf verschiedenen sozialen Stufen und in unterschiedlichen Bereichen. Einerseits als Verfassungsgrundlage in einem Staat wie Bolivien und andererseits als Voraussetzung und Katalysator von sozialen Bewegungen. In welchem Umfeld kommt das Konzept besser zum Tragen und kann seine antikapitalistische Wirkung entfalten? Ist das Konzept überhaupt als antikapitalistisches Mittel geeignet?

Buen Vivir: Ein alternatives Zivilisationsprojekt

Das Ziel des Buen Vivir ist die soziale, materielle und spirituelle Zufriedenheit aller Mitglieder einer Gemeinschaft, jedoch nicht auf Kosten der Natur oder anderer Mitglieder (Quetzal 2016). Es charakterisiert das zentrale Prinzip des Zusammenlebens der mehrheitlich indigenen Bevölkerung im Andenraum. Die Gemeinschaft steht dabei im Vordergrund und umfasst verschiedene Ebenen: Auf das Zusammenleben von Menschen, Tieren und Kulturen folgt eine Koexistenz mit der Pachamama, welche das Wasser, die Berge und die gesamte Biosphäre umfasst. Zur dritten Gemeinschaftsform, dem *w'aka*, gehören die Ahnen (2014: 336). Ob Menschen, Tiere, Berge, Wasser oder Pflanzen, alles Existierende bildet einen Teil eines grösseren Ganzen und erfüllt dabei eine ihm zugeordnete, essentielle Aufgabe. Die Pachamama, als gemeinsamer Ursprung, verbindet alle diese scheinbar losgelöst voneinander lebenden Teile miteinander. Der Mensch ist Teil dieser kosmischen Ordnung und nimmt dabei keine höhere oder dominierende Stellung ein (Yampara, Simón 1993: 48f.).

Dass sich das indigene Konzept plötzlich auf der politischen Weltbühne wiederfand, dürfte unter anderem auch mit dem Entwicklungsdiskurs im Westen während der 1960er und 70er Jahren zu tun haben. Das 1960 erschienene Werk „*The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto*“ von Walt Whitman Rostow lässt sich den zahlreichen Modernisierungstheorien dieser Epoche zuordnen, welche wirtschaftliche Differenzen zwischen Ländern durch unterschiedliche Entwicklungsstufen zu erklären versuchten (Rostow, Walt Whitman 1990). Demnach mussten alle traditionellen Gesellschaften denselben vorgezeichneten Entwicklungsweg in Form von aufeinanderfolgenden Etappen durchlaufen, um zum gemeinsamen Ziel in der Gestalt einer modernen Konsumgesellschaft zu gelangen. Diesem simplifizierten, determinierten und linearen Verständnis von Geschichte und Entwicklung stellte sich das Konzept des Buen Vivir anfangs der 1990er Jahre entgegen (Nikolaus, Timo 2012: 1). Zehn Jahre waren zu diesem Zeitpunkt vergangen, seit in Bolivien eine Militär-Junta gestürzt und die Rückkehr zur Demokratie verkündet worden waren. Die Erwartungen der Bevölkerung, welche mit der Demokratisierung und den neoliberalen Reformen einhergegangen waren, blieben jedoch weitgehend unerfüllt und die soziale Ungleichheit verstärkte sich zunehmend (2012: 2). Letztlich waren es Intellektuelle wie

Simon Yampara oder Mario Torrez sowie indigene Organisationen, welche das Buen Vivir als mögliche Alternative zum evolutionären Entwicklungsdiskurs proklamierten (2012: 3). Zu Beginn der 90er Jahre wurden die neuen Ideen in Zeitschriften wie der *Pacha*, welche zu indigenen NGO's gehörten, diskutiert und zahlreiche Artikel zum Thema veröffentlicht (2012:3). Die Implementierung des Buen Vivir in den politischen Prozess nahm seinen Anfang mit dem Wahlsieg von Evo Morales im Jahr 2005. Zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas wurde ein Indigener zum Staatsoberhaupt gewählt. Weil seine Partei *Movimiento al Socialismo* (MAS) eine deutliche Mehrzahl der Sitze im Parlament gewann, konnten neue politische Themen vorgelegt und insbesondere eine neue Verfassung verabschiedet werden (2012: 30). Die Regierungspartei wurde von zahlreichen indigenen und sozialen Organisationen unterstützt und daher überraschte es nicht, dass das Buen Vivir kurz darauf erstmals auf der politischen Agenda erschien. Sieben Mal taucht der Begriff in der neuen bolivianischen Verfassung auf, welche 2009 in Kraft trat (Bolivia 2013: 1f.). Bereits in der Präambel steht *«es soll ein Staat sein, dessen Grundlage der Respekt und die Gerechtigkeit zwischen allen ist, mit Prinzipien der Souveränität, der Würde, [...] und der Fairness bei der Verteilung und Umverteilung des Sozialprodukts, wo das Bestreben nach dem „Vivir Bien“/„Besseren Leben“ vorherrscht; mit Respekt gegenüber der wirtschaftlichen, sozialen, [...] und kulturellen Pluralität der Bewohner dieser Erde, in gemeinschaftlichem Zusammenleben mit Zugang zu Wasser, Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum für alle.»* (Bolivia 2013: 10). Es lässt sich also festhalten, dass es dem Buen Vivir Konzept gelungen ist, den Sprung von einer traditionellen indigenen Weltanschauungsweise hin zu einer Art bolivianischen Staatsziel zu bewerkstelligen. Der folgende Abschnitt versucht zu eruieren, inwiefern sich dessen Niederschrift in den nationalen Gesetzen auch tatsächlich auf die politische und wirtschaftliche Realität des Landes auszuwirken vermochte. Verbunden mit der Idee des Buen Vivirs sind, wie der vorangehende Verfassungsausschnitt verdeutlicht, zahlreiche Termini wie Gerechtigkeit, Würde oder Respekt. Allesamt offene Begriffe, welche relativ hohe Interpretationsspielräume zulassen und im politischen Prozess sämtliche Optionen freihalten. Die Erwähnung in der Verfassung bedeutet dementsprechend nicht zwingend, dass sich die beschriebenen Ansätze und Praktiken auch in der Politik niederschlagen oder von ihr operationalisiert werden (2014: 337).

Umsetzung des Buen Vivir in Bolivien

Eine der ersten Amtshandlungen von Evo Morales als neuer Staatspräsident bestand in der Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasressourcen des Landes (Der Spiegel 2006). In den folgenden Jahren kam es zu einer weiteren Nationalisierung der Bodenschätze und ein Privatisierungsverbot für den Zugang zu Wasser, öffentlichen Gesundheitsleistungen und sozialer Sicherung wurde erlassen (Bolivia 2013: 19). Während früher beispielsweise ein Grossteil der Gaseinnahmen den ausländischen Konzernen zugute kam, profitiert der Staat mittlerweile von deutlich höheren Einnahmen. Auch dank den steigenden Rohstoffpreisen ist das Bruttoinlandprodukt in den vergangenen Jahren um jeweils fünf bis sieben Prozent gewachsen Die Exporte konnten unter Morales beinahe verzehnfacht werden und die starke Reduzierung der Armut schmälerte gleichzeitig die soziale Ungleichheit in Bolivien (Bauer, Richard 2014). Die neue Regierung versuchte zudem durch Prestigeprojekte wie der kostenlosen Abgabe von Computern an Schulkindern oder dem Bau mehrerer Gondelbahn-Linien in La Paz in der Gunst der Wähler zu bleiben (Bauer, Richard 2014). Die Erschliessung abgelegener Gebiete durch Überlandstrassen, neue Spitäler und der Ausbau der Infrastruktur

im Allgemeinen prägen den wirtschaftlichen Wandel. Aus meiner Sicht erscheint es, als werde das *Gute Leben* primär durch ein verbessertes ökonomisches Umfeld angestrebt. Dadurch scheint jedoch der Mensch ins Zentrum aller Bemühungen zu rücken und die kosmische Ordnung der Gleichberechtigung zu gefährden. Dabei kommt es vermehrt zu Konflikten mit indigenen Bewegungen und es drängt sich die Frage auf, welche Interessen die Regierung in erster Linie verfolgt. Die von sozialen Bewegungen und Indigenen, welche ihm zum Wahlerfolg verholfen hatten, oder die eines nationalen Bürgertums, welche sich wirtschaftliches Wachstum und einen starken Staat erhoffen? (Zelik, Raul 2012). Exemplarisch wird der Widerspruch anhand des Konfliktes um den TIPNIS-Nationalpark im Nordosten des Landes. Im Frühjahr 2012 protestierten hunderte Indigene mit einem Protestmarsch nach La Paz gegen die geplante Erstellung einer Überlandstrasse durch ihr Gebiet (Zelik, Raul 2012). Es geht um Erdölvorkommen und die Erschliessung des an Brasilien angrenzenden Tieflands. Obwohl verhältnismässig nur wenige Leute in dieser Region leben, stehen die Pläne doch in krassem Gegensatz zu den Grundsätzen des Buen Vivir und dessen Achtung von Minderheiten und der Mutter Natur. Für Gustavo Soto hat das politische Programm der Movimiento al Socialismo (MAS) nur noch wenig mit der ursprünglichen Idee des Buen Vivir gemein. Er geht sogar einen Schritt weiter und nennt das Vorgehen der Partei neodesarrollistisch (2014: 339). Dabei steht die Förderung klassischer Entwicklungsmuster wie die Ausbeutung von Ressourcen, Infrastrukturprogramme und die Industrialisierung im Zentrum. Oftmals im Rahmen der IIRSA, der Initiative für die Regionale Integration Südamerikas, kommt es zur Umsetzung verschiedener Megaprojekte im Bereich des Berg- und Strassenbaus oder in der Rohstoffindustrie (2014:339). Diese neue Strategie des Neoextraktivismus missachtet die Rechte der Indigenen und Minderheiten und nimmt keine Rücksicht auf das Ökosystem. Das Buen Vivir Konzept hat aus dieser Perspektive keinen Eingang in den politischen Alltag gefunden. Soto zweifelt aber daran, dass die Grundsätze des Buen Vivir überhaupt in *«konkrete Politik zu übersetzen seien»* (2014: 340). Die Illusion der Modernität dominiere die Machtausübung in Bolivien wie die Grammatik eine Sprache. So werden gemäss Soto auch die Ansätze des Buen Vivir in eine passende Sprache übersetzt: *«Ölförderung, um gut zu leben; Wasserkraftwerke im Amazonas, um gut zu leben usw.»* (2014:340). Der Widerspruch durch den verfassungsrechtlichen Schutz und Gleichstellung der Natur einerseits und der gleichzeitigen Ausbeutung von Rohstoffen und einer Höherstellung des Menschen andererseits kommt aber nur bedingt überraschend. Bereits in der bolivianischen Verfassung lassen sich diesbezüglich Zielkonflikte und ambivalente Formulierungen ausfindig machen. Besonders zu erwähnen ist hierbezüglich der fünfte Absatz aus Artikel 306: *«Der Staat erkennt das menschliche Wesen als höchsten Wert an, er gewährleistet die Entwicklung durch eine gerechte Verteilung der Wirtschaftsüberschüsse durch die Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturpolitik sowie durch die Reinvestition in die wirtschaftliche Produktionsentwicklung »* (Bolivia 2013: 132). Dieser Verfassungstext erinnert inhaltlich stark an das Modell des Wohlfahrtsstaates und ist unvereinbar mit der Vorstellung einer kosmischen Ordnung, in der alle seine Teile als gleichwertig und schützenswert anerkannt werden (Nikolaus, Timo 2012: 33). Noch ein Stück weiter geht Artikel 355, der die industrielle Nutzung und Vermarktung der natürlichen Ressourcen in Bolivien zu einer Priorität des staatlichen Handelns erklärt (2013: 149). Die Errichtung oder Erhaltung von Naturschutzgebieten mit wichtigem Rohstoffvorkommen könnte auf diese Weise sogar als verfassungswidrig betrachtet werden. Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Grundsätze des Buen Vivir zwar in die Verfassung einfließen, dessen genaue Verwendung und die einzelnen Artikel jedoch häufig widersprüchlich sind. Ebenso lassen sich die mit dem Konzept verknüpften Begriffe auf

vielelei Weisen auslegen und politisch instrumentalisieren. Im vorliegenden Beispiel Boliviens scheint die soziale Gerechtigkeit und der Respekt gegenüber indigenen Gruppen und Minderheiten von zentraler Bedeutung und konform mit der Idee des *Guten Lebens*. Die Art und Weise aber, wie die Regierung das Ziel auf Kosten der Natur und mit einer einseitigen ökonomischen Ausrichtung zu erreichen versucht, steht in einem scharfen, diametralen Gegensatz zum ursprünglichen Grundgedanken dieses Konzeptes. Meiner Meinung nach ist das Buen Vivir als nationale Gesetzesgrundlage eher ungeeignet. Es charakterisiert vielmehr eine moralische Grundeinstellung zum Leben und ist daher eine persönliche, individuelle Perspektive, welche sich nicht per Gesetz verordnen lässt. Eine verfassungsrechtliche Verankerung dieses Grundgedankens erachte ich zwar als sinnvoll, da eine Verfassung in Grundzügen nur eine gewünschte Richtung vorgibt und dem politischen Handeln rechtliche Schranken setzt. In konkrete Verordnungen und Gesetze lässt sich das Buen Vivir aber kaum übersetzen. Letztlich bleibt es eine Sichtweise auf das Leben, welche seine volle Wirkkraft nur entfalten kann, wenn alle Beteiligten diese Grundhaltung teilen und die sich nicht „top-down“ diktieren lässt. Im zweiten Teil dieser Seminararbeit werde ich das Konzept als mögliche Grundlage für die Entstehung einer antikapitalistischen sozialen Bewegung betrachten. Im Gegensatz zum Beispiel Boliviens handelt es sich hierbei um einen „bottom-up“-Prozess. Das Buen Vivir wird nicht als konkretes Handlungsinstrument im Kampf gegen den Kapitalismus betrachtet, sondern als eine gemeinsame Grundhaltung, welche Ausgangspunkt und Voraussetzung zugleich ist, um eine derartige soziale Bewegung überhaupt möglich zu machen.

Klimabewegung als Antikapitalismus

„*Die Entscheidung- Kapitalismus vs. Klima*“ (Klein, Naomi 2015). Bereits der Titel des Buches verdeutlicht: Gemäss der kanadischen Globalisierungskritikern Naomi Klein steht die Weltbevölkerung unmittelbar vor der Wahl entweder für den Kapitalismus oder ein gesundes Klima auf dieser Erde. Trotz des provokanten Titels; die Idee einer globalen Klimabewegung als Instrument gegen den Kapitalismus ist kein vollständig neuer Gedanke. Die Autorin sieht in einer Massenbewegung für Klimagerechtigkeit gar die Zukunft des Antikapitalismus. Dem Buen Vivir kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Denn nur eine Grundhaltung des Menschen gegenüber seiner Umwelt, wie es das indigene Konzept proklamiert, könne eine globale Klimabewegung und damit wirksame antikapitalistische Eingriffe ermöglichen (Klein, Naomi 2015: 36). Dass sich das kapitalistische Wirtschaftssystem und der Kampf gegen den Klimawandel nicht vereinen lassen ist eine Grundvoraussetzung für Kleins Thesen, welche Sie primär mit dem Kampf um knappe Ressourcen begründet. Denn um nicht zu kollabieren braucht das Klima einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs, der Kapitalismus hingegen braucht endlose Expansion um seinerseits nicht zu kollabieren (2015: 33). «*Wenn ich Ihr Haus abgebrannt habe ist das Mindeste, was ich tun kann, Sie in mein Haus aufzunehmen. Und wenn ich es gerade in diesem Augenblick abbrenne, sollte ich sofort zu löschen anfangen.*» (2015: 29). Mit diesem Zitat von Boliviens ehemaligem Botschafter bei den Vereinten Nationen, Pablo Solon, versucht Naomi Klein die aktuelle Weltlage in der Klimakrise zu illustrieren. Warum löschen wir das Feuer nicht, welches unser gemeinsames Haus abzubrennen droht? Natürlich ist es eine äusserst schwere Aufgabe, das Handeln einer gesamten Staatengemeinschaft auf ein gemeinsames Ziel auszurichten und Regelungen durchzusetzen, welche wirtschaftlich unerwünschte Folgen für die Beteiligten mit sich bringen. Aber es hat in der Vergangenheit immer wieder Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zur Lösung globaler Probleme gegeben. Der beste Beweis dafür, dass dies auch bei klimatischen Herausforderung der Fall

sein kann, ist der erfolgreich geführte, internationale Kampf gegen das Ozonloch vor rund 30 Jahren (2015: 27). Die sich mittlerweile langsam erholende Ozonschicht signalisiert den wohl grössten Erfolg internationaler Umweltpolitik. Des Weiteren mangelt es auch nicht an umsetzbaren Alternativen oder technischen Möglichkeiten, um die fossilen Energien durch erneuerbare Quellen zu substituieren. Nichtsdestotrotz ist ein grossflächiger Wandel bisher ausgeblieben (2015: 28). Welche Gründe liegen diesem Verhalten zu Grunde? Für die kanadische Autorin ist die Antwort simpel und der Sündenbock eindeutig: *«Wir haben nicht die notwendigen Dinge getan, um die Emissionen zu reduzieren, weil diese Dinge in fundamentalem Widerspruch zum deregulierten Kapitalismus stehen [...]. Wir kommen nicht weiter, weil die Massnahmen, die am besten geeignet wären, die Katastrophe zu verhindern [...] eine extreme Bedrohung für eine elitäre Minderheit darstellen, die unsere Wirtschaft, unseren politischen Prozess und unsere wichtigsten Medien im Würgegriff hat.»* (2015: 30). Die freie Marktwirtschaft steht Kleins Überzeugung nach für eine Ideologie, welche kollektives Handeln verachtet und jede Form von regulierenden Eingriffen der öffentlichen Hand in den Markt ablehnt (2015: 57). Genau dies wäre aber in der aktuellen Situation nötig, um dem globalen Klimawandel entgegenzuwirken. Die Anerkennung der Existenz und Signifikanz des Klimawandels verkommt damit zu einem Eingeständnis, dass die magischen Kräfte des freien Marktes die Problematik nicht zu lösen im Stand und weitgehend sogar für diese verantwortlich sind. Die Klimakrise würde dementsprechend eine Kapitalismuskrisis hervorrufen oder zumindest eine Kritik an den unerwünschten Auswüchsen eines deregulierten Marktes. Naomi Klein sieht aber nicht nur die Staaten in der Verantwortung, sondern sie betrachtet jedes Individuum als notwendigen und wichtigen Akteur für die Einleitung eines erfolgreichen Wandels. Die vorherrschende Krise stelle auch unsere persönliche Lebensweise in Frage und letztendlich unsere Identität (2015: 84). Viele Aktivitäten, unser ganzes Konsumverhalten oder die zunehmende Individualisierung seien schlussendlich genauso hinderlich für einen wirtschaftlichen Umbruch und Reformen. Dabei stehen uns primär unsere westlichen kulturellen Vorstellungen im Weg, in denen Menschen über der Natur stehen und deren Grenzen für uns nicht gelten (2015: 84). Unter dem Strich ist es wieder der Kapitalismus, der laut Naomi Klein diesen Verhaltensmustern unterliegt und sie vermehrt hervorruft. *«...wir sind das Produkt unserer Zeit und eines alles beherrschenden ideologischen Projekts. Eines Projekts, bei dem uns eingetrichtert wurde, wir seien nichts anderes als selbstsüchtige Einzelwesen, die nur ihren beschränkten Vorteil maximieren wollen [...].»* (2015: 552). Aus meiner Perspektive übertreibt und provoziert die Autorin mit dieser Aussage bewusst, indem sie uns alle als ideologisch manipulierbare Wesen betrachtet, welche als eine Art homo oeconomicus ohne Werte und Moral der Befriedigung unserer Bedürfnisse nachgehen. Worauf sie aber eigentlich hinaus will, ist zu verdeutlichen, dass der Kampf gegen die globale Erderwärmung nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als Bestandteil einer grösseren Auseinandersetzung um Weltanschauungen verstanden wird (2015: 553). Um wirklich etwas bewegen zu können, muss sich daher eine Weltanschauung etablieren, welche unsere Umwelt, die anderen Länder und die Natur nicht als Konkurrenz oder Gefahr betrachtet, sondern als Gefährten und Partner auf einer gemeinsam geteilten Erde (2015: 36). Ein Weltbild, wie es das Buen Vivir vermittelt. Darin sieht Naomi Klein die Voraussetzung und Chance, eine internationale soziale Klimabewegung in Gang zu setzen, welche durch ihre Art und Ziele zwangsläufig einen antikapitalistischen Prozess herbeiführen würde. Ihre Argumentationsweise scheint auf den ersten Blick sachlich und einer natürlichen Logik folgend, dabei vereinfacht sie aber stark und kann die einzelnen Schritte, welche dem illustrierten Dominoeffekt zu Grunde

liegen, nur teilweise nachvollziehbar erklären. Aus meiner Sicht führt ein Lebensstil nach den Prinzipien des Buen Vivir nicht unmittelbar zu einer Massenbewegung für das Klima und diese wiederum muss nur bedingt einen antikapitalistischen Charakter aufweisen. Der Kampf gegen den Klimawandel kann zwar die Einsicht mit sich bringen, dass eine freie Marktwirtschaft unerwünschte soziale und natürliche Nebenerscheinungen mit sich bringen kann und zu einer verstärkten Forderung nach staatlichen Eingriffen führen. Eine solche Kritik zielt aber auf den deregulierten Kapitalismus und nicht zwingend auf den Kapitalismus selbst. Ebenso erachte ich die Entstehung einer grossflächigen, globalen Klimabewegung in naher Zukunft als eher unwahrscheinlich. Natürlich brennt, um auf das eingangs aufgeführte Beispiel zurückzukommen, das gemeinsame Haus nieder und betrifft dementsprechend alle. Aber das Feuer bricht nicht überall gleichzeitig aus. Naomi Klein vergisst in ihrem Werk, dass nicht alle Länder in gleichem Ausmass von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und dass einige Länder, zumindest in der Anfangsphase, sogar davon profitieren können. Um diese Problematik zu überwinden ist meiner Meinung nach eine neue Weltanschauung notwendig, eine Neuformulierung des Kollektiven, in der wir uns nicht primär als Staatsbürger, sondern ebenso als Erdenbewohner wahrnehmen und die Endlichkeit und Grenzen der Natur und ihrer Ressourcen erkennen und respektieren. Die Ausbreitung der Idee des Buen Vivir kann diesen Prozess ermöglichen.

Fazit

Das Ziel der vorliegenden Seminararbeit war es, die Anwendbarkeit des indigenen Konzepts des Buen Vivir als Instrument und Basis von antikapitalistischen Systemen zu eruieren. Das *Gute Leben* möchte die soziale, spirituelle und materielle Zufriedenheit aller seiner Mitglieder erreichen und stellt eine friedliche Koexistenz von Menschen, Tieren und der Natur, in welcher dem Menschen keine übergeordnete Rolle zukommt, ins Zentrum seiner Bemühungen (Soto, Gustavo und Helfrich, Silke 2014: 335). Die Betonung des Kollektiven und die Achtung der Natur bilden einen Kontrast zum kapitalistischen Zeitgeist, in dem Individualität und Massenkonsum vorherrschen und die Natur in erster Linie als Rohstofflieferant wahrgenommen wird. Deshalb ist es nicht überraschend, dass die Ansätze des Buen Vivir schon bald von antikapitalistischen Regierungen und Bewegungen aufgegriffen wurden. Ecuador im Jahr 2008 und Bolivien im folgenden Jahr waren schliesslich die ersten Staaten, welche das Prinzip in ihrer Verfassung verankert haben (Nikolaus, Timo 2012: 43). Seine Erwähnung in der Verfassung ist aber nicht frei von Widersprüchen. Anhand des Beispiel Boliviens habe ich aufzuzeigen versucht, wie diese Widersprüche auch in der Realpolitik in Erscheinung treten können. Insbesondere das ambivalente Verhältnis zur Natur, welche einerseits als schützenswert aber andererseits als Quelle wichtiger Ressourcen betrachtet wird, kennzeichnet ein Kernproblem der Regierung um Evo Morales. Mit der Strategie des Neoextraktivismus wird versucht, ein besseres Leben für alle BolivianerInnen zu erreichen und die Armut zu lindern, dies allerdings auf Kosten der Natur, welche dem Wohlergehen des Menschen untergeordnet wird. Letzlich bleibt festzuhalten, dass die Umsetzung des Buen Vivir als Staatsprinzip nur schwer möglich ist oder dass sie zumindest im Fall Boliviens nicht gelungen ist. Ich denke aber, dass die Aufnahme des Buen Vivir in die Verfassung trotzdem ein geschickter Schachzug der Regierung war. Es fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Integration aller Bevölkerungsgruppen in einem Land, das als plurinationaler Staat mit zahlreichen Minderheiten und indigenen Gruppen auf ein kollektives Konzept und Weltanschauung angewiesen ist. Der zweite Teil der Arbeit konzentrierte sich auf soziale Bewegungen und

insbesondere die Klimabewegung, welche das Buen Vivir zur Basis und als Voraussetzung nehmen. Für Naomi Klein kann eine derartige Lebenseinstellung zu einer globalen Umweltbewegung gegen den Klimawandel führen, welche aus sich heraus antikapitalistisch sein wird, da sie kollektives Handeln und die Regulierung des freien Marktes voraussetzt (2015: 57). Wie die beiden Beispiele verdeutlichen, scheint das Buen Vivir wie geschaffen als Grundlage und zur Instrumentalisierung für kapitalismuskritische Systeme. Dies bedeutet meines Erachtens jedoch nicht zwangsläufig, dass das Konzept selbst antikapitalistisch wäre. Es offenbart vielmehr eine alternative Weltanschauung fernab von Massenkonsum und Individualismus. Ich finde es daher problematisch, diesen ganzheitlichen Lebensstil nur auf den Bereich der Wirtschaft zu übertragen. Ich denke sogar, dass das Buen Vivir innerhalb des Kapitalismus bestehen kann und für diesen keine Gefahr, sondern eine Chance sein kann. Es kann unser Konsumverhalten beeinflussen und unsere Sichtweise auf die Natur und Umwelt verändern. Vielleicht vermag es nicht unser Wirtschaftssystem zu reformieren, aber es macht bereits einen entscheidenden Unterschied, ob die Natur und Mitmenschen als PartnerInnen oder KonkurrentInnen wahrgenommen werden und die Erde als Quelle oder als Ressource (2015: 532).

Bibliographie

Stein, Gottfried 2014: "Ein Wahlsieg für den Antikapitalismus": Morales gewinnt Wahl in Bolivien. <<https://www.tagesschau.de/ausland/bolivien-wahl-105.html>>. 30.08.2016.

Soto, Gustavo und Silke Helfrich 2014: „Der Schaum dieser Tage - Buen Vivir und Commons“, In: Helfrich 2014, *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transkript, S. 335-341.

Klein, Naomi 2016: About Naomi Klein. <<http://www.naomiklein.org/meet-naomi>>.30.08.2016.

Klein, Naomi 2015: Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Muruchi, Poma 2009: Das Wirtschaftsmodell Boliviens. <<http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/das-wirtschaftsmodell-boliviens-19093.html>>.30.08.2016.

Yampara, Simón 1993: „Convivencia con el capital o la pachamama? Cuál la lógica de la vida?“, In: Yampara, Simón: Pacha No. 2, CADA. La Paz, S. 48f.

Rostow, Walt Whitman 1990: The stages of economic growth: a non-communist manifesto. 3. Auflage. Cambridge: University Press. S. 10–16.

Nikolaus, Timo 2012: Die Konzeption des Vivir Bien: Kernideen, Implementierung, Rezeption. <http://buenvivir-in-halle.de/download/Die_Konzeption_des_Vivir_Bien_-_Diplomarbeit_von_Timo_Nikolaus.pdf>.24.08.2016.

Bolivia 2013 : Politische Verfassung: Plurinationaler Staat von Bolivien. <http://www.bolivia.de/fileadmin/Dokumente/Presse-Medien_Dt%2BSp/Interessante%20Dokumente/CPE_aleman.pdf>.30.08.2016.

Der Spiegel 2006: Linksruck in Bolivien: Morales verstaatlicht Öl- und Gasindustrie. <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/linksruck-in-bolivien-morales-verstaatlicht-oel-und-gasindustrie-a-414011.html>>.12.08.2016.

Bauer, Richard 2014 : Südamerikanisches Schlaraffenland auf Zeit. Neue Zürcher Zeitung (11. Oktober).<<http://www.nzz.ch/wirtschaft/ein-suedamerikanisches-schlaraffenland-auf-zeit-1.18401613>>. 30.08.2016.

Zelik, Raul 2012: Emanzipation ausserhalb des Staates. WOZ (24. Mai).<<http://www.woz.ch/-2d93>>.30.08.2016.

